



HESSISCHER LANDTAG

23. 06. 2025

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der AfD

Verzicht auf Straßenausbaubeiträge

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag stellt fest, dass die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu Recht unter Kritik steht, denn sie belastet nicht nur viele Bürger teils sehr erheblich und unterschiedlich, sondern setzt auch die überlasteten Kommunen weiter unter Druck.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen rechtlich schwierig und nicht immer wirtschaftlich ist. Auch die Einführung von wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen ist ebenfalls mit Rechtsunsicherheiten und erheblichem Verwaltungsaufwand verbunden.
3. Der Landtag bedauert, dass die mehrfachen Reformbemühungen, wie das im Mai 2018 beschlossene „Gesetz zur Neuregelung der Erhebung von Straßenbeiträgen“, die Probleme nicht gelöst haben. Die Möglichkeit auf Straßenausbaubeiträge verzichten zu können, führte nur dazu, dass finanzstärkere Kommunen keine Beiträge mehr erheben, während finanzschwache — insbesondere im ländlichen Bereich — weiterhin dazu genötigt sind. Auch die Möglichkeiten von Stundung und Ratenzahlungen änderten nichts an der grundsätzlichen Problematik.
4. Der Landtag begrüßt die Ankündigung im Koalitionsvertrag, dass die finanzielle Situation der Kommunen unter besonderer Berücksichtigung des Ziels der Entlastung von Straßenausbaubeiträgen verbessert werden soll.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Rahmen der aktuellen Reform des KFA sicher zu stellen, dass ab dem Jahr 2026 keine Straßenausbaubeiträge mehr in Hessen erhoben werden. Dabei sollen die kreisfreien Städte und kreisangehörigen Städte und Gemeinden für den Wegfall der Straßenausbaubeiträge insgesamt höhere Zuweisungen des Landes erhalten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 21. Juni 2025

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe